

## Interview mit Human Rights Watch: Israel begeht Verbrechen der Apartheid

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Biografie:** Yasmine Ahmed ist die britische Direktorin von Human Rights Watch. Bevor sie zu Human Rights Watch wechselte, war sie Geschäftsführerin der mehrfach ausgezeichneten Menschenrechtsorganisation Rights and Security International. Als Anwältin arbeitete sie für die britische und australische Regierung und die UN. Sie hat einen LL.M. in Völkerrecht der University of London und hat an zwei Universitäten Völkerrecht unterrichtet. Sie qualifizierte sich auch als Solicitor von England und Wales und als Barrister und Solicitor in Australien.

**Mette Mølgaard Henriksen (MMH):** Danke, dass Sie heute bei uns sind. Human Rights Watch (HRW) hat kürzlich einen Bericht veröffentlicht, der aufdeckt, dass die israelischen Behörden Verbrechen der Apartheid und Verfolgung begehen. Können Sie uns einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse geben?

**Yasmine Ahmed:** Gerne und danke, dass ich hier sein darf. Wie Sie sagten, kam der Bericht auf der Grundlage der Fakten, die wir vor Ort bewertet haben, zu dem Schluss, dass die israelischen Behörden Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid und der Verfolgung begehen, wie sie im ICC, dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, festgelegt sind, und wie sie auch vom allgemeinen Völkerrecht verstanden werden. Unser Bericht ist eine sehr, sehr gründliche rechtliche und faktische Analyse. Der Bericht ist über zweihundert Seiten lang und basiert nicht nur auf unseren Recherchen der letzten zwei Jahre, sondern enthält jahrezehntelange Recherchen von Human Rights Watch zu diesen Themen in Israel und Palästina. Und wie der Bericht sagt, haben wir festgestellt, dass eine Schwelle überschritten wurde. Was wir damit meinen, ist, dass das Ausmaß an Diskriminierung, das das palästinensische Volk erleidet, und die Privilegierung und Dominanz, die eine Vorherrschaft der jüdischen Israelis über die Palästinenser sicherstellt, aufhören muss. Ein solches Niveau ist insbesondere in den besetzten palästinensischen Gebieten so systematisch verankert, dass es diese Verbrechen, wie sie im Römischen Statut festgelegt sind, erfüllt. Im IStGH bedeutet Apartheid im Wesentlichen, dass die Diskriminierung, die systematische Diskriminierung ein so hohes und schreckliches Niveau erreicht hat, dass es sich in der Tat um ein System der Apartheid und ein Verbrechen handelt, wie es im internationalen Recht festgelegt ist. In Bezug auf dessen Bedeutung, mussten wir also bei unseren Feststellungen darauf achten, ob die Elemente der Verbrechen tatsächlich

erfüllt sind. Und es gibt drei Hauptelemente dieser. Das erste Element wäre vorsätzliches Handeln. Wir müssen also tatsächlich feststellen, dass die israelische Regierung die Absicht hat, sicherzustellen, dass die jüdisch-israelische Bevölkerung über die palästinensische Bevölkerung dominiert. Und wir stellten dies durch verschiedene Gesetze, Politiken und Praktiken fest. Es war offensichtlich im Nationalstaatsgesetz, es war offensichtlich in der Politik rund um die Expansion und die Errichtung von Siedlungen und der Politik, die sicherstellt, dass die palästinensische Bevölkerung in kleinen Enklaven gehalten wird und keine besondere territoriale Kontiguität innerhalb dieser Enklaven haben darf. Das zweite Element bestand darin, zu prüfen, ob diese Absicht in einem System verwirklicht wurde. War es also eine systematische Diskriminierung und Unterdrückung? Und wir fanden heraus, dass dies insbesondere in den besetzten palästinensischen Gebieten der Fall war. Wir untersuchten zum Beispiel die Tatsache, dass Palästinenser und israelische Juden unterschiedlichen Gesetzen unterworfen sind. Tatsächlich unterliegen die Palästinenser dem Militärrecht, das in vielerlei Hinsicht sehr repressiv sein kann, oder sehr repressiv ist. Und das israelische jüdische Volk ist dadurch privilegiert, dass es unter dem Zivilrecht Israels lebt. Wir haben uns die Rechte auf die Staatsangehörigkeit angesehen, die Palästinensern gegenüber jüdischen Israelis in Ost-Jerusalem zugestanden werden, die sehr, sehr unterschiedlich sind, einschließlich des Zugangs zu Land und Landrechten, was wir in Scheich Dscharrah feststellen können. Und dann haben wir uns schließlich die unmenschlichen Handlungen angesehen, die damit verbunden sind. Wir kamen zu dem Schluss, dass die Verbrechen von Israel und den israelischen Behörden begangen werden und wurden.

**MMH:** Wie ist HRW zu dieser Schlussfolgerung gekommen? Und warum kam der Bericht zu diesem Zeitpunkt heraus?

**YA:** Wir haben die Diskriminierung dokumentiert, die das palästinensische Volk erlitten hat. Und bevor ich das weiter ausführe, denke ich, dass es wirklich wichtig ist zu erwähnen, dass Human Rights Watch nicht nur eine bestimmte Gruppe in irgendeinem Kontext betrachtet hat, wenn es in der Tat um Menschenrechtsverletzungen durch eine Reihe von verschiedenen Parteien geht. So haben wir im Kontext von Israel-Palästina auch Menschenrechtsberichte verfasst und uns mit Verstößen befasst, die von der Hamas und den palästinensischen Behörden begangen wurden. Tatsächlich haben wir 2018 einen 150-Seiten-Bericht über die Missbräuche herausgebracht, die von der Hamas und der Palästinensischen Autonomiebehörde gegen Palästinenser begangen wurden. Auch haben wir uns bei zahlreichen Gelegenheiten mit der wahllosen Gewaltanwendung durch die Hamas befasst. Aber in Bezug auf diese Diskriminierung, über die wir sprechen, hat Human Rights Watch bei früheren Gelegenheiten in isolierten Vorfällen oder in einer isolierten Umgebung die Arten von Diskriminierung festgestellt, über die wir sprechen. Herausgefunden haben wir, dass es nicht isoliert und in Bezug auf nur einen bestimmten Vorfall oder ein bestimmtes Gebiet geschah. Nach vielen Jahren der Dokumentation haben wir festgestellt, dass, alles zusammengenommen, ein System der Unterdrückung und Diskriminierung erkannt wird, das eine hohe Schwelle erreicht. Das ist also einer der Gründe, warum wir diesen Bericht jetzt veröffentlicht haben, und zwar auf der Grundlage unserer laufenden Recherchen zu diesem Thema. Der zweite Grund, warum jetzt und warum der Bericht "Schwelle überschritten" heißt, und was das bedeutet, sind die wenigen, wenigen Gründe, von denen wir sagen, dass die Schwelle in Bezug auf diese Verbrechen überschritten worden ist. Lange Zeit existierte die Vorstellung, dass die Situation eigentlich nur vorübergehend ist und durch den

Friedensprozess gelöst wird, was bedeutet, dass wir nicht auf die Realität vor Ort geschaut haben und dass wir den Friedensprozess von dem, was tatsächlich passiert, abgekoppelt haben. Wir meinten, na ja, das spielt keine Rolle, denn es wird gelöst werden. Und was wir in unserem Bericht erklärten, ist, dass das, was wir vor Ort gesehen haben, nicht nur eine Stagnation ist, ein Status quo, sondern dass die Situation tatsächlich immer schlimmer wird. Es werden also immer mehr Siedlungen gebaut. Das palästinensische Volk wird immer mehr diskriminiert. Diese Systeme werden immer mehr eingebettet. Deshalb erklären wir jetzt in diesem Bericht, dass dies keine vorübergehende Situation mehr ist. Sie ist in der Tat dauerhaft und rückläufig, und die Welt muss sich mit den Menschenrechten der Palästinenser befassen.

**MMH:** Können Sie uns einige Beispiele dafür geben, wie Israel Verbrechen der Apartheid und Verfolgung begeht? Und welche Bedeutung es für das palästinensische Volk hat?

**YA:** Es bedeutet eine Reihe von verschiedenen Dingen. Systematisch bedeutet das, dass, wenn ich ein Palästinenser bin und in der Westbank lebe und ein paar Meter von einer Siedlung entfernt wohne, dass das Gesetz, das auf mich angewandt wird, sehr, sehr anders ist als das Gesetz, das auf die Person angewandt wird, die ein paar Meter von mir entfernt ist. Es bedeutet, dass ich dem Militärrecht unterliege, das auf verschiedenen Ebenen sehr, sehr repressiv und unvereinbar mit den internationalen Menschenrechten ist. Es bedeutet, dass diese Person, die israelisch jüdische Person, die ein paar Meter von mir entfernt lebt, Anspruch auf alle Schutzmaßnahmen hat- israelisches Recht, zivilen Schutz, politischen Schutz und so weiter und so fort. Wir führen also ein sehr unterschiedliches Leben, was die Art der Rechte und des Schutzes angeht, die wir genießen. Das bedeutet auch, dass allen Palästinensern, die unter Besatzungen im Westjordanland, in Gaza, in Ost-Jerusalem leben, ihnen ihre Bürgerrechte gänzlich verweigert wurden. Ihre Rechte werden vollständig unterdrückt. Dies bedeutet, dass, wenn ich Palästinenser bin, in Ost-Jerusalem lebend, meine Aufenthaltsrechte nicht garantiert sind. Wenn ich ein israelischer Jude bin, der dort lebt, ist mein Aufenthaltsrecht zu 100 Prozent garantiert. Es bedeutet, dass ich als Palästinenser, der in Gaza lebt, nicht ausreisen darf, außer unter sehr, sehr außergewöhnlichen humanitären Umständen. Es bedeutet nicht nur, dass ich nicht ausreisen kann, sondern auch, dass, wenn ich Krebs habe, die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass ich nicht in der Lage sein werde, auszureisen und mich gegen diesen Krebs behandeln zu lassen- oder wenn ich Komplikationen habe, andere gesundheitliche Komplikationen. Es bedeutet, dass ich keinen Zugang zu Elektrizität habe, dass ich vielen meiner verschiedenen Rechte in Bezug auf meinen Zugang zu Gesundheit, Bildung, und so weiter, erheblich beraubt werde. In Bezug auf diese Reihe von Ansprüchen habe ich als Palästinenser also sehr, sehr unterschiedliche Rechte und ein sehr, sehr anderes Leben als mein jüdischer Mitbürger.

**MMH:** Würden Sie diese systematische Unterdrückung als die Wurzel des Konflikts betrachten, der periodisch ein paar Mal pro Jahrzehnt stattfindet?

**YA:** Sicherlich, und das ist genau der Punkt, weshalb wir mit unseren Bericht veröffentlichten. Man hatte offensichtlich keine Ahnung, dass die Vorfälle in Scheich Dscharrah zu der Gewalt führen würden, die dem palästinensischen Volk in Form von Vertreibungen zugefügt wird, und die potenziell exzessive Anwendung von Gewalt gegen das palästinensische Volk, das gegen die Einschränkungen der al-Aqsa-Moschee protestiert. Uns

war nicht bewusst, dass dies passieren würde, aber es geschah. Und dann natürlich die Gewalt, die in Gaza und in Israel stattfand. Aber für uns deutlich wurde, dass während die Leute über die Eskalation der Gewalt und dann über die Beendigung der Gewalt und die Rückkehr zum Status quo reden, dieser Status quo in Wirklichkeit das ist, was den Konflikt anheizt, weil Frieden niemals ohne Grundrechte erreicht werden kann. Während Menschen ihrer Rechte beraubt werden, während es eingebettete Diskriminierung auf jeder Ebene ihres Lebens gibt, Bürgerrechte, Landrechte, Zugang zu Bildung, Zugang zu medizinischer Versorgung, während einige von diesen Rechten auf täglicher Basis reduziert werden, werden Sie niemals Stabilität finden. Und so geht es für uns als Human Rights Watch darum, die internationale Gemeinschaft aufzufordern, anzuerkennen, dass diese Grundursachen des Problems und der Gewalt angegangen werden müssen, weil es sonst weiterhin zu Ausbrüchen kommen wird. Und was noch wichtiger ist: dass Millionen von Palästinensern ohne diese Rechte leben werden.

**MMH:** Es ist schwierig, sich Vertreibung oder Verdrängung vorzustellen. Wie geschieht so etwas?

**YA:** Es gibt also im Wesentlichen verschiedene Situationen, die sich in Bezug auf Land ergeben, zum Beispiel in Ost-Jerusalem und im Westjordanland. Was wir also wissen, zunächst einmal, das sollte wirklich klar sein, ist, dass Millionen von Dunam Land, ich glaube, es sind zwei Millionen Dunam Land, von den Palästinensern enteignet wurden, also im Wesentlichen von Israel den Palästinensern gestohlen wurden. Wir wissen also, dass eine Reihe von Palästinensern, vor allem in Ost-Jerusalem, wo die israelische Regierung behauptet hat, dass sie dieses Land annektiert habe- aber in Wirklichkeit ist es weiterhin besetzt. Es ist besetztes palästinensisches Gebiet. Das bedeutet, dass sie in Bezug auf das Land dort versucht haben, Palästinenser von diesem gewaltsam zu vertreiben. Das ist natürlich auf mehreren Ebenen sehr problematisch. Erstens ist es einer Besatzungsmacht verboten, die Bevölkerung ihres Landes zu berauben, Land zu transferieren, Land zu nehmen und der eigenen Bevölkerung das Land zu übergeben, aber unabhängig davon ist es auch verboten, die eigenen Gesetze durchzusetzen. Aber wir haben gesehen, insbesondere in Ost-Jerusalem und in Bezug auf Scheich Dscharrah, dass Israel genau das getan hat. Sie haben im Wesentlichen das israelische Recht durchgesetzt, wobei es sich um das israelische Recht von 1970 handelt, das besagt, dass, im Falle von Besitz von Eigentum jüdischer Menschen in 1948, diese das Land zurückfordern können. Aber es wird nicht notwendigerweise von der Person zurückverlangt, die dieses auch besaß. Es wird von Kollektiven von Leuten zurückgefordert, die angeblich die Person vertreten, deren Land es war. Auf der anderen Seite sind die Palästinenser, deren Land und Häuser enteignet wurden, die 1948 als Abwesende eingestuft wurden. Hier haben wir wieder Diskriminierung. Aber in Bezug auf Ost-Jerusalem, was geschieht üblicherweise? Sie können sehen, dass es schwere Einschüchterungen und Gewalt gibt, die oft bei Vertreibung von Menschen auftreten, wenn Privatpersonen versuchen, andere zu vertreiben. Und oft wird es als Streit um Privateigentum bezeichnet, was es natürlich nicht ist. Aber wir sehen natürlich auch, dass es über die Gerichte hinaus ausgetragen wird. Normalerweise ist es so, daß dieses bestimmte Kollektiv oder wie auch immer sie sich selbst charakterisieren, vor Gericht geht und Eigentumsrechte über Grundstücke klagt. Und da das angewandte Gesetz, israelisches Recht ist, das israelisch-jüdische Menschen privilegiert, bedeutet das, eine kontinuierliche Begünstigung, besonders in Ost-Jerusalem, besonders in Bezug auf Scheich Dscharrah, zu Gunsten der jüdisch-israelischen Vereinigungen. Im Moment haben sie das Urteil wegen des Konflikts

und der Gewalt ausgesetzt. Aber was wir letztendlich annehmen können, ist, dass ein Gerichtsurteil im Wesentlichen bedeuten wird, dass diese Leute, die Palästinenser, die dort seit 1967 leben, zwangsweise von ihren Grundstücken vertrieben werden. Und in der Zwischenzeit, bis der Gerichtsbeschluss vorliegt, leiden diese Menschen unter ständiger Schikane, ständiger Einschüchterung. Was wir gesehen haben, ist, dass die israelische Regierung nichts getan hat, in der Tat, nicht nur nichts getan hat, sondern auch Gewalt angestiftet und gefördert hat. Und es ist wichtig festzustellen, dass die Beraubung und die Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land in dieser Form weitergeht, in dem Sinne, dass dies nun im israelischen System institutionalisiert und legalisiert ist, wenn auch nach internationalem Recht unrechtmäßig, und dass diese Menschen, die vertrieben werden, nirgendwo anders hingehen können. Das sind im Wesentlichen die Prozesse.

**MMH:** Angenommen, Israel begeht Verbrechen der Apartheid und Verfolgung, gegen welche internationalen Satzungen und Gesetze verstößt Israel dann? Und wird Israel hierfür zur Rechenschaft gezogen?

**YA:** Ja, in unserem Bericht erklären wir, dass sie gegen internationales Strafrecht verstoßen, und sehr relevant dafür ist die Tatsache, dass der Internationale Strafgerichtshof eine Untersuchung eingeleitet hat, die derzeit im Zusammenhang mit bestimmten Aktivitäten in den besetzten palästinensischen Gebieten steht. Das bezieht sich also sowohl auf das, was die israelische Regierung und die Behörden unternehmen, als auch auf nichtstaatliche Gruppen, wie Hamas und PLO. Das ist also eine laufende Untersuchung. Und wir ermutigen den IStGH, die Verbrechen der Apartheid und der Verfolgung in seine Untersuchung einzubeziehen. Und das ist offensichtlich sehr, sehr wichtig im Hinblick auf die Rechenschaftspflicht. In Bezug auf Israel haben wir festgestellt, dass sie durchweg ungestraft agieren konnten, weil es keine Gerechtigkeit gab. Was wir jetzt feststellen, ist, dass dies ein wirklich wichtiger Moment in Bezug auf den IStGH ist. Unglücklicherweise haben wir Staaten, die in Bezug auf ihren Einfluss sehr bedeutend sind, wie das Vereinigte Königreich und die USA, die sich geäußert haben - die USA betreiben offensichtlich eine umfassendere Politik gegen den IStGH. Aber insbesondere Großbritannien hat sich geäußert und erklärt, dass sie nicht damit einverstanden sind, dass der IStGH diese Angelegenheit untersucht, weil Israel ein Freund und Verbündeter ist. Das ist also ein Aspekt. Aber wir fordern auch die Regierungen auf, mehr zu tun. Und so verlangen wir von den Regierungen, dass sie ihre eigenen Strafgesetze und ihre eigene Gerichtsbarkeit ausüben. Wenn ein israelischer Beamter in irgendeiner Weise direkt oder indirekt in ein Verbrechen verwickelt ist, sollten sie ihn auf ihrem Territorium strafrechtlich belangen und sicherstellen, dass ihre militärische Sicherheit und diplomatische Zusammenarbeit in keiner Weise zu diesen Verbrechen beiträgt oder sie erleichtert. Und in der Tat, selbst in den Fällen, in denen sie dies nicht direkt tun - sollten sie sicherstellen, dass sie den Israelis mitteilen, dass unsere Zusammenarbeit davon abhängt, dass Sie Fortschritte in Bezug zu diesen Verbrechen machen. Es gibt also eine Reihe von Dingen, die wir fordern. Wir bitten auch und wir drängen darauf - und was wir jetzt gesehen haben, was sehr ermutigend ist, ist eine Sondersitzung, die gerade beim Menschenrechtsrat in Genf zu der Situation angekündigt wurde. Und wir verstehen, dass es Verhandlungen über den Inhalt gibt, und es sieht so aus, als ob dieser, der eine Empfehlung unsererseits ist, die Forderung nach einer Untersuchungskommission enthalten wird. Und das ist einer der Punkte, die wir immer wieder gefordert haben. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere der Menschenrechtsrat müssen eine Untersuchungskommission einsetzen, die

sich mit dieser systematischen Diskriminierung befasst. Es gibt also eine Reihe von verschiedenen Ebenen, auf denen wir sagen, dass Staaten und internationale Institutionen handeln sollten, um sicherzustellen, dass es eine Rechenschaftspflicht gibt und dass keine Straflosigkeit mehr herrscht.

**MMH:** Wie würden Sie die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die jüngste Eskalation bewerten?

**YA:** Enttäuschend, würde ich sagen, ist das Wort. Sie haben nicht mit dem Nachdruck reagiert, den wir uns erhofft hätten, um Israel zur Rechenschaft und selbstverständlich gleichzeitig Hamas für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Aber was wir nicht beobachten konnten, ist, dass die Staaten, insbesondere die Staaten, die Einfluss und Macht in Bezug auf Israel haben, sich in dieser Angelegenheit deutlich ausgesprochen haben. Aber ich würde sagen- beispielsweise konnten wir diesbezüglich feststellen, dass die US-Regierung viele, viele Tage lang sogar eine Erklärung des Sicherheitsrates blockiert hat. Und als sie dann doch eine Stellungnahme zuließen, war es eine äußerst schwache Stellungnahme, die Israel nicht für die begangenen oder angeblich begangenen Verstöße kritisierte. Es war also enttäuschend, aber ich denke, wir bei Human Rights Watch haben beobachtet, dass es zwar Staaten gab, die sich nicht so entschieden geäußert haben, wie wir es gewünscht hätten, aber wir sehen eine Veränderung. Wir sehen einen Wandel in der Art und Weise, wie die Menschen das Problem wahrnehmen und wie sie auf das Problem reagieren. Lange Zeit haben wir uns auf das Paradigma eines Friedensprozesses verlassen. Meiner Meinung nach erkennen die Staaten jetzt, dass es nicht mehr nur um einen Friedensprozess geht, sondern dass es notwendig ist, sich mit der Diskriminierung und Unterdrückung zu befassen, und das ist wirklich zum Teil der Punkt, den wir im Menschenrechtsrat sehen, gegen den viele Einspruch erheben werden. Aber wir beginnen, Dinge zu sehen, die wir noch nie zuvor gesehen haben, bei denen sich die internationale Gemeinschaft - die Staaten - gegenseitig zwingen, die zugrunde liegenden Probleme tatsächlich zu betrachten. Ich würde sagen, sogar der französische Außenminister hat sich kürzlich geäußert und erklärt, dass, wenn sich die Dinge vor Ort nicht ändern, dies zu einem System der Apartheid führen könnte, wobei ich das natürlich paraphrasiere. Wir fangen also an, diese Verbrechen auf eine Art und Weise anzuerkennen, die wir vorher nicht kannten. Obwohl es im Großen und Ganzen enttäuschend verläuft, denke ich, dass ein Wandel stattfindet, und zwar von Seiten der Staaten und des IStGH, und wir hoffen sehr, dass Israel die Botschaft versteht, dass es nicht weiterhin ein System der schweren Unterdrückung und Diskriminierung der Hälfte der Menschen, die unter seiner Kontrolle leben, aufrechterhalten kann.

**ENDE**